

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonn- und Halbcolonn-Druckart beträgt 18 (Zweimonatlicher und Vierteljahrlicher 36), für die 50 mm breite Colonn-Druckart 20, für die 50 mm breite Colonn-Druckart 22, für die 50 mm breite Colonn-Druckart 24, für die 50 mm breite Colonn-Druckart 26, für die 50 mm breite Colonn-Druckart 28, für die 50 mm breite Colonn-Druckart 30.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12224.
Gesamverlags-Adresse: Leipzig, Nr. 12.

Tageblatt • enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Völk), Schneeberg, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadträte in Grünhain, Völk, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag G. M. Körner, Aue, Sachsen.

Verleger: Max 81 und 82, Leipzig (Postfach) 440, Schwarzenberg 10, Schwarzenberg 2216, Dresden (Postfach) 200000.

Wichtiges Anzeichen für die am Montag erscheinende Nummer des vorliegenden 1. Heftes in den Hauptausgaben. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben am angegebenen Tage kann nicht übernommen werden. Die Redaktion ist nicht für die Richtigkeit der Angaben verantwortlich. — Die Redaktionen des Erzgebirgischen Volksfreunds befinden sich in Leipzig, bei den Verlegern und Anzeigen-Gesellschaften in Leipzig, Dresden und Chemnitz.

Nr. 194.

Donnerstag, den 18. August 1932.

85. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Papierfabrik Wittenau G. m. b. H. in Schwarzenberg-Wittenau wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Schwarzenberg, den 15. August 1932. Amtsgericht.

Freitag, den 19. August 1932, vorm. 11 Uhr sollen in Schorlau 1 Vitrine, 1 Damenschreibtisch, 1 Sofa, 2 Polsterstühle, 1 runder Tisch, 2 elektr. Lampen, 1 Bowle, 1 Wein-

kühler, 1 Staubsauger, 1 Teppich, 1 Sprechapparat mit 30 Platten, 1 Pianino meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasthof zum Hirschen.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

Freitag, den 19. August 1932, vorm. 10 Uhr sollen in Bernsdorf 1 H. Adlerschreibmaschine und 1 Grammophon mit 15 Platten öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Sammelort der Bieter: Gasthof zum Hamm.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

„Wir werden lange Zeit im Amte sein!“

Eine Erklärung Papens.

Gerichte.

Mit breitem Getöse verbreitet die Systempresse die Mitteilung, die NSDAP. habe beim Zentrum Koalitionsverhandlungen angeregt, und mit schmahendem Behagen wird festgestellt, daß die Deutschnationalen dabei geflissentlich übergegangen worden seien. Es ist nicht bekannt, inwieweit es sich hier um Dichtung und um Wahrheit handelt, das eine kann aber als sicher angenommen werden, daß nämlich das Zentrum liebend gerne die Entthronung des Parlamentarismus durch ein Präsidialkabinett verhindern möchte. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es bereit, eine Ehe mit der verhassten NSDAP. einzugehen, ebenso wie es um ähnlicher Dinge willen einst das Bündnis mit der Sozialdemokratie geschlossen hat. Vielleicht verzichten die Brüningleute sogar auf die sog. Garantien, die früher bei solchen Gelegenheiten eine große Rolle spielten. Die Hauptsache ist ihnen, die Nationalsozialisten in die parlamentarische politische Verantwortung hineinzubringen und zu „demaskieren“. Im Hintergrunde stehen die Sozialdemokraten als Hilfsstellung auf der Lauer und bereiten jene Sozialisierungsanträge vor, mit denen sie die Nationalsozialisten im Reichstag und im preussischen Landtag aufs Glacis führen wollen.

Wenn die NSDAP. dem Gedanken eines Bündnisses mit dem Zentrum überhaupt nahe treten sollte, so kann dies nur in der Absicht geschehen, die Stellung der Reichsregierung von der preussischen Flanke her aufzutrollen. In weiten Kreisen der nationalsozialistischen Partei wird nicht verkannt, daß der Versuch dieser Lösung manche Gefahren in sich birgt. So wird, auch bei einer noch so lockeren Ehe, dem Zentrum die ganze büdelige Verwandtschaft der anderen Systemparteien anhängen. Unter diesen Umständen kann ein auch nur aus taktischen Gründen gutgeheißener Rückfall in den Parlamentarismus recht schwerwiegende Folgen haben.

Der Kanzler zur Lage.

Der Berliner Neuter-Berichter berichtet über eine Unterredung, die ihm Reichskanzler v. Papen gewährt hat.

Auf die Frage des Journalisten, ob der Kanzler glaube, daß seine Regierung kommende Weihnachten noch im Amte sei, antwortete der Kanzler: „Wir werden für lange Zeit im Amte sein.“ Weiter erklärte er, es sei nicht die Rede davon, daß seine Regierung dem Reichstag aus dem Wege gehen wolle. Der Kanzler schien von der Zuversicht erfüllt, daß ein Appell an den gesunden Menschenverstand der Parteien nicht ohne Erfolg bleiben könne, da auch die Parteien sich klar darüber sein müßten, daß es keine Regierung gebe, die an die Stelle der gegenwärtigen treten könne. Sollte jedoch ein Riktrauensvotum zur Annahme gelangen, so würde die Regierung nach Maßgabe der dann geschaffenen Situation handeln, wobei sie in jeder Beziehung die Absicht habe, die Verfassung zu achten.

Der Neuter-Berichter wies darauf hin, daß Hitler entschieden bestreite, in seiner Unterredung mit dem Reichskanzler die volle Staatsgewalt verlangt zu haben, und daß v. Papen um eine Neuherung zu diesem Dementi. Der Kanzler erklärte, daß es in dieser Hinsicht gar keinen Zweifel geben könne. Der Führer der NSDAP. habe zugegeben, daß er während der vergangenen zwei Monate mit seinen ungedulden Anhängern einen schweren Stand gehabt habe, und habe erklärt, er könne einen Anteil an der Regierungsgewalt nicht annehmen, sondern müsse sie in ihrer Gesamtheit verlangen. Er könne nur für eine Regierung kämpfen, die sich ganz und gar mit seiner Bewegung identifiziere.

Auf die Frage, ob Deutschland aus dem Bitterbund austreten würde, wenn seine Ansprüche auf Gleichberechtigung

hinsichtlich der Abrüstung keine Berücksichtigung fänden, beugte sich der Kanzler damit, zu unterstreichen, daß die Frage der Gleichberechtigung auf dem Abrüstungsgebiet für Deutschland eine wichtige Lebensfrage sei, da Deutschland sich einer solchen ungleichmäßigen Behandlung nicht länger unterwerfen und nicht länger zulassen könne, daß es als Macht zweiter Klasse behandelt werde. Falls Deutschland die Gleichheit auf dem Gebiet der Sicherheit länger verweigert werden sollte, werde die Reichsregierung die notwendigen Maßnahmen in dem Sinne ergreifen, wie sie bereits von General v. Schleicher unternommen worden seien.

„Deutschland hat weder den Wunsch noch die Absicht, zu rüsten“, führte der Kanzler dazu aus, „aber es will, daß die anderen Nationen ihre Versprechen, abzurufen, auch halten.“ Er fügte hinzu, daß er in Lausanne bei seinen Unterhaltungen mit Macdonald bei dem englischen Staatsmann volle Sympathie für die deutsche Auffassung hinsichtlich Deutschlands Benachteiligung in der Abrüstungsfrage habe feststellen können.

Das Arbeitsbeschaffungsproblem.

Schwierige Verhandlungen.

Zwischen Papen und Luther.

Berlin, 17. Aug. Heute Abend fand eine längere Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten statt, an der auch der Reichswirtschafts- und Reichsfinanzminister teilnahmen. Dabei handelte es sich um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Sie war die Fortsetzung einer Zusammenkunft, die bereits heute mittag zwischen dem Kanzler und dem Reichsbankpräsidenten allein stattgefunden hat. Es ist anzunehmen, daß zum mindesten auch noch die nächste Woche mit solchen Verhandlungen ausgefüllt sein wird.

Der Plan des Landgemeindetages.

Uebereinstimmung von NSDAP. bis zum Reichsbanner.

Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Geertz, führte auf einem Pressabend über das Arbeitsbeschaffungsproblem u. a. aus: Zur Finanzierung muß ein neuer Weg beschritten werden, und zwar die ansichtslos Krediterschöpfung der öffentlichen Hand bei den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, die ihre Deckung, wie die Anteile der öffentlichen Hand bisher, in der Steuerkraft der Bevölkerung findet. Selbstverständlich muß die Krediterschöpfung von einer zentralen Stelle, am besten von einem Reichskommissar, überwacht und begrenzt werden, um jede Gefährdung der Währung auszuschließen. Was heute in der Öffentlichkeit vielfach verwechselt und durcheinander geworfen wird, ist die Krediterschöpfung und die Beschaffung der für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm notwendigen Geldzeichen. Wenn man den bargeldlosen Verkehr nach Kräften belebt und zu seiner Förderung auch das Schatzgesetz verschärft, dann sind zur Inangriffnahme auch eines großen Arbeitsbeschaffungsprogramms relativ nur geringe Mengen von Geldzeichen nötig, die die Reichsbank ohne irgend eine Gefährdung der Währung zur Verfügung stellen kann.

Im Anschluß an diese Ausführungen nahm Körnermann von der NSDAP. das Wort zu einer Erklärung, in der er sein völliges Einverständnis mit dieser Art der Selbsthilfe ausdrückte und dem vorgelegten Arbeitsbeschaffungsplan den vollsten Erfolg wünschte.

Darauf erklärte der Generalsekretär des Reichsbanners, Gebhardt, daß der heutige Tag durchaus ein Wendepunkt für die wirtschaftliche und politische Zukunft des deutschen Volkes sein könne. Er gab sodann ebenfalls seine Zustimmung zu dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden.

Einberufung des Reichstags.

Berlin, 18. Aug. Der Reichstag ist im Einvernehmen mit dem Reichskanzler auf Dienstag, dem 30. August einberufen worden.

Weiter bemerkte der Kanzler, daß Deutschland seine Bestrebungen, etwas von dem früheren deutschen Kolonialbesitz zurückzuerhalten, noch nicht aufgegeben habe, und unterstreicht dabei, daß auch hier wieder der Fall einer nicht zu rechtfertigenden Zurückziehung Deutschlands vorliege, für den früher oder später Abhilfe geschaffen werden müsse. Indessen seien noch keine diplomatischen Verhandlungen über diese Angelegenheit eingeleitet worden. Wenn dementsprechend sei, daß General v. Schleicher solche Verhandlungen eröffnet habe, sei das ganz richtig, denn General v. Schleicher sei Reichswehrminister und nicht Minister des Auswärtigen.

Nachdem der Neuter-Korrespondent dann noch einmal als seinen Eindruck hervorgehoben hatte, daß Herr v. Papen hinsichtlich der Zukunft seines Kabinetts durchaus zuversichtlich sei, gab der Kanzler der Hoffnung Ausdruck, es sei wohl nicht zu befürchten, daß die NSDAP. um ihre Ziele zu erreichen, sich zu illegalen Schritten hinreißen lassen werde. Er habe von Adolf Hitler eine Zusage erhalten, in diesem Sinne erhalten und habe keinen Anlaß, Hitler nicht zu glauben. Auf alle Fälle werde die Regierung nicht zaudern, jede Revolte gegen ihre Autorität auf der Stelle mit Waffengewalt zu unterdrücken.

„Wie die Dinge liegen“, erklärte v. Papen schließlich, „steht das deutsche Volk jetzt wieder geschlossen denn je hinter seinem obersten Führer, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, und ist voll Vertrauen in seine weise Führung.“ Auf die Frage, ob demnächst ein Nachfolger für Freiherrn von Neurath auf dem Londoner Botschafterposten ernannt werde, antwortete der Kanzler zum Schluß, daß in dieser Angelegenheit noch keine Entscheidung gefallen sei.

Zurückhaltung des Reichverbandes d. I.

Das Präsidium des Reichverbandes der Industrie nahm heute zur Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung. Hierüber wird folgende Erklärung abgegeben: Der Reichverband der deutschen Industrie vertritt den Standpunkt, daß auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann und lehnt alle uferlosen Pläne, die auf Ausführung von Milliardenprojekten von verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, nach wie vor ab. Eine Besserung der innerwirtschaftlichen Lage und eine allmähliche Behebung der Arbeitslosigkeit kann nach Auffassung des Reichverbandes nur dann erhofft werden, wenn die innerwirtschaftlichen Hemmnisse, die die freien Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen, beseitigt und die Produktionskosten derart gesenkt werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können. Der freiwillige Arbeitsdienst bedarf einer möglichst wirksamen Förderung. In seinem Ausbau können die Grundlagen für eine Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefunden werden.

Um den Umbau der Reichswehr.

Ein eigenartiges Dementi.

Eine hiesige Zeitung will aus Paris über Verhandlungen berichten können, die in der nächsten Woche beginnen und den Umbau der Reichswehr zum Gegenstand haben sollen. Darüber sei auch von englischen Blättern geschrieben worden. Wie wir hören, ist die Meldung in dieser Form nicht richtig. Bekanntlich haben schon während der Abrüstungskonferenz und auch seither Besprechungen über dieses Thema stattgefunden. Es handelte sich aber nur um formlose Unterredungen, die nicht gleichsam als fest umrissene diplomatische Aktionen vor sich gegangen sind. Daß diese Unterredungen jetzt noch weitergeführt werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn eine französische Seite die Meldung über angeblich in nächster Woche beginnende offizielle Verhandlungen dementieren zu müssen glaubt, indem sie darauf hinweist, daß derartige Verhandlungen erst dann eingeleitet werden könnten, wenn die Verhältnisse in Deutschland endgültig gefestigt seien, so stellt das einen unzulässigen Eingriff in die deutschen inneren Verhältnisse dar. Es ist klar, daß derartige Unterredungen geführt werden, weil sie das gesamte deutsche Volk als selbstverständlich betrachten.

Berlin, 17. Aug. In aller nächster Zeit werden in 50 Aufträge eingesetzt werden, für die Ausführung rückständiger preussischer Gemeinden Staatskommissare mit dem Steuern zu sorgen.